

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

17.10.1919 (No. 243)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 A 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerückzahlung, pränumerierter Zeitung und Kontourverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unersungene Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Teuerungs- (Beschaffungs-)Beihilfe im Haushaltsauschuß.

Die Darlegungen des Finanzministers Dr. Wirth.

In der Sitzung des Haushaltsauschusses vom 16. Oktober machte der Finanzminister Dr. Wirth etwa die folgenden Ausführungen zur Beantwortung der ihm vorgelegten Frage, ob er nach dem Bericht der Badischen Landeszeitung Nr. 479 in der finanzpolitischen Behandlung der Beamten- und Arbeiterfragen „umgefallen“ sei. Von einem Unfall könne gar keine Rede sein. Die badischen Eisenbahnerverbände und der badische Beamtenbund hat der Regierung Forderungen überreicht, die auch jetzt teilweise dem Landtag als Petitionen vorliegen. Zu diesen Forderungen hat das Finanzministerium Stellung zu nehmen gehabt. Diese Stellungnahme ist erfolgt, indem im Finanzministerium die Berechnung des Aufwandes für eine sogenannte einmalige Teuerungsbeihilfe (Beschaffungsbeihilfe) nach dem Vorbilde des Reiches durchgeführt worden ist. Nach dieser Berechnung sind, sofern die Vorgänge im Reich auf Baden übertragen werden sollten, etwa 75 Millionen Mark in Rechnung zu stellen. Diese Berechnung ist dem Landtag in einer Denkschrift, nämlich der „Darstellung der von der Badischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen, idealen und dienstlichen Besserstellung der Beamten und Arbeiter in den Jahren 1918 und 1919“ beigegeben. Diese Denkschrift ist ferner den Mitgliedern des Ausschusses im Auftrage des Ministers überreicht worden. Sie gibt wohl alle wünschenswerten Aufklärungen zur Beurteilung der von den Beamten und Arbeitern eingereichten Forderungen. Sie soll auch allen Mitgliedern des Landtags zugestellt werden.

Mit der Aufstellung und Überreichung dieser Darstellung ist die Arbeit des Finanzministeriums vorläufig abgeschlossen. Der Finanzminister erklärte, daß er es abgelehnt habe, dem Landtag jetzt eine besondere Vorlage zu unterbreiten. Es sei Aufgabe der Fraktionen, wie des Landtags, zu den Petitionen Stellung zu nehmen. Schon vor einiger Zeit sind die politischen Parteien des Landtags über die neuen Forderungen unterrichtet worden. Bis jetzt ist nur eine Erklärung einer Fraktion, nämlich der Deutschen Demokratischen Fraktion, eingekommen. Sie lautet:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich davon in Kenntnis zu setzen, daß die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei in ihrer heutigen Sitzung folgende Entschliessung gefaßt hat: Die wirtschaftlichen Verhältnisse des badischen Staates machen — auch nach der vom Finanzministerium gegebenen Übersicht — die Gewährung weiterer Teuerungsbeihilfen (Beschaffungsbeihilfen) unmöglich. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage zu ersuchen. In der letzten Zeit eingetretene Verschlechterung der Lebenshaltung der Beamten, der Arbeiter und der meisten Staatsbürger ist zum Teil auf wirtschaftliche Maßnahmen des Reiches, zuletzt auf die Freigabe des Lebers zurückzuführen. Die vom Reich seinen Beamten gewährte einmalige Beschaffungsbeihilfe gibt den Beamten und Arbeitern der Staaten Anlaß, für sich das gleiche zu fordern. Da Baden außerstande ist, die dazu nötigen Geldmittel aufzubringen, wird das Staatsministerium ersucht, mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um Maßnahmen zu treffen, diese Mißstände und Ungleichheiten zu beseitigen.“

Die andern Fraktionen haben bisher eine offizielle Erklärung nicht abgegeben. Nur so viel ist bekannt geworden, daß die sozialdemokratische Fraktion geneigt ist, den Wünschen der Eisenbahnerverbände entgegenzukommen. Aber das Maß des Entgegenkommens ist nicht bekannt geworden. Die Zentrumsfraktion hat zu den Forderungen noch keine Stellung genommen. Sie hat auch, wie bekannt geworden ist, auf weitergehendes Material zur Beurteilung der Frage gewartet. Die bisherige Stellungnahme der großen Fraktionen war demnach nicht dazu angetan, zu veranlassen, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten. Der Herr Finanzminister erklärte, daß er auch dazu gar nicht in der Lage sei. Der Minister lehnte es ab, die Beschaffungsbeihilfe, die von einzelnen Verbänden stürmisch gefordert werde, für sich allein zu betrachten. Er teilte mit, daß der badische Beamtenbund an das Ministerium der Finanzen eine Eingabe gemacht habe, um Gewährung einer Teuerungsbeihilfe an die Beamten, Bediensteten und Lehrer. Sie verlangt eine Reform der im Sommer abgeschlossenen Ausgleichszulage. Diese Reform wird nach einer Schätzung mindestens 5 Millionen erfordern. Dazu kommt das Verlangen nach einer Reform der neben den sonstigen Teuerungsbeihilfen einherlaufenden Teuerungsbeihilfen nach den Vorgängen im Reich und in Preußen. Es werden monatlich für jedes Kind 50 Mark verlangt. Nach den Vorgängen im Reich verlangt der Beamtenbund mit sofortiger Wirkung die gleiche Regelung und ersucht das Finanzministerium, soweit die Zustimmung des

Landtags nötig sein sollte, sofort nach dessen Wiederzusammentritt die Genehmigung der beantragten Änderung einzuholen.

Die Sprache des Beamtenbundes sei etwas außergewöhnlich. Auffallend sei auch die gleichzeitige Verbindung dieser Forderung mit dem Verlangen nach einer Beschaffungsbeihilfe. Die Forderung von 50 Mark für jedes Kind monatlich würde einen Aufwand von 42 Millionen bringen. Zieht man davon die bisherige Teuerungsbeihilfe mit 18 Millionen ab, so bleibt eine Mehrforderung von 29 Millionen Mark; mit den dorthin erwähnten 8 Millionen somit ein Mehraufwand von mindestens 37 Millionen Mark. Voraussetzlich werden es 40 Millionen sein. Es sind demnach von den Arbeiter- und Beamtenverbänden zurzeit Forderungen in der Höhe von 115 Millionen Mark angemeldet. Damit ist aber für die Arbeit des kommenden Landtags die Zahl der Forderungen nicht abgeschlossen. Es ist dem Minister mitgeteilt worden, daß die Eisenbahnerverbände am 1. Dezember den im Frühjahr abgeschlossenen Lohnvertrag kündigen werden. Wir stehen somit vor neuen beträchtlichen Forderungen. Sollten dann die Lohnsätze des Tarifs mit Wirkung vom 1. März 1920 erhöht werden, so müßte sich der Landtag zweifelsohne mit einer neuen Ausgleichszulage für die Beamten befassen. Zu den schon genannten 115 Millionen kommen also im Laufe der nächsten Monate noch weitere Millionen hinzu. Ein Finanzminister, der die Forderungen pflichtmäßig prüft, kann unmöglich die Beschaffungsbeihilfe für sich isoliert betrachten. Es wird notwendig sein, die ganze Finanzlage Badens im Zusammenhang mit allen Forderungen gewissenhaft vor dem Landtag zu erörtern und daraus die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Diesem Erfordernis sollten sich auch die Arbeiter und Beamten am allerwenigsten entziehen. Der Finanzminister im Volksstaat muß eigenartige Erfahrungen machen. Es ist wieder an den Minister das Anfinnen herangetreten, Vorschläge auszuarbeiten zu lassen auf Forderungen, die der Landtag noch nicht einmal gesehen hat. Selbstverständlich ist jedes derartige Anfinnen zurückgewiesen worden.

Der Minister machte ferner Ausführungen über die badische Finanzlage, die wohl in der nächsten Woche im Landtag wiederholt werden. Er bezeichnete die derzeitige badische Finanzlage als befriedigend, wobei betont werden müsse, daß der befriedigende Abschluß in der allgemeinen Staatsverwaltung nur herbeigeführt worden sei durch die außerordentlichen Steuererlöse, die in diesem Jahre dem badischen Volke zugemutet worden sind, die zu wiederholen aber für das nächste Jahr gänzlich ausgeschlossen sei.

Nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers mache die Eisenbahn besondere Sorgen. Die schwebende Schuld der Eisenbahnschuldentilgungskasse nehme zurzeit täglich um etwa 1 Million Mark zu. In der Zeit vom 17. September bis 15. Oktober sei sie von 85 Millionen auf 116,2 Millionen Mark, d. i. um 31,2 Millionen Mark gestiegen. Darin sei allerdings auch der Bauaufwand enthalten.

Windkraftverwertung und Brennstoffmangel.

Mit Bezugnahme auf den in verschiedenen Tagesblättern gemachten Vorschlag, angesichts der Brennstoffnot in höherem Maße die Windkraft zu verwenden, wird bemerkt, daß unbetriebsfähig die Windantriebe an Bedeutung gewonnen haben, nachdem die Konstruktion der Windräder Verbesserungen erfahren hat und auch die elektrischen Einrichtungen mit selbsttätigen und hinreichend sicher arbeitenden Schaltern und Reglern ausgestattet worden sind, um der Schwierigkeit der heutigen Geschwindigkeitsänderung des Betriebes zu begegnen, daß aber derartige Anlagen infolge der unerlässlichen Angleichung einer Akkumulatoren- und einer Verbrennungsmaschine als Reserve für den Fall kürzerer oder längerer Ausbleibens des Windes sehr große Aufwendungen erfordern. Schon vor dem Kriege mußte bei Anlagen mit nur wenigen Pferdekraften mit Betriebskosten in Höhe von rund 20.000 Mark gerechnet werden.

Erfordernis für ein befriedigendes Arbeiten ist neben sachmännischer, auf gründlicher Erfahrung ruhender Herstellung eine sorgfältige sachkundige Unterhaltung eine Bedingung, deren Erfüllung gerade bei entlegenen, meist dürtig gewarteten Betrieben immerhin Schwierigkeiten machen dürfte. Erfolge werden nur da erzielt werden, wo wie in der norddeutschen Tiefebene und in Küstengebieten windstille Tage zu den Ausnahmen gehören und regelmäßig mit Windstärken von mindestens 3 bis 4 Meter in der Sekunde gerechnet werden kann.

Daß diese Voraussetzungen in unserem badischen Lande häufig gegeben sind, muß vorläufig bezweifelt werden. Zur Klarstellung wäre eine Windstatistik erforderlich. Fraglich erscheint auch, ob derartige selbständige Einzelanlagen der normalen Drehstromverteilung im Anschluß an die elektrischen Überlandnetze wirtschaftlich überlegen sein würden.

Die Schieberstrafe.

Ein Vorschlag von J. F. Amberger-Bretten.

Im Kampfe gegen den Schleichhandel und gegen das Schiebertum ist die „Karlsruher Zeitung“ in einer ihrer zahlreichen Artikel über dies Thema gegen die zurzeit gefährlichsten Staatsverbrecher für exemplarische Strafen und die Todesstrafe als „ultimo ratio“ eingetreten. So sympathisch der Gedanke an sich in unserer heutigen fürchterlichen Notlage ist, dürfte seine Verwirklichung doch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, da damit unser ganzes Strafenystem ins Wanken geraten müßte.

Andererseits aber ist man sich darüber klar, — und der Auffreie in den erwähnten Ausführungen beweist dies gerade —, daß die jetzigen Strafen gegen Schleichhandel und gegen Preistreibererei zu schwach und zu wenig wirksam sind. Selbst die Verhängung einer Freiheitsstrafe hat bei dem heutigen Stande — d. i. Tiefstande — der individuellen Moral nicht mehr die abschreckende Wirkung, die aus Staatsinteresse erforderlich erscheint.

Aus dieser Erwägung folgt der nachstehende Vorschlag: man setze die Schleichhändler und Schieber in diejenige Kategorie von Verbrechern ein, in welche sie ihrer Straftat nach am besten passen; d. h. man behandle sie kriminalistisch als eine Art der nach §§ 361, 362 R. St. G. B. zu bestrafenden Landstreichler, Bettler, Arbeitscheuen und Müßiggänger. Für solche sieht der § 362 R. St. G. B. unter gewissen Voraussetzungen die Überweisung an die Landespolizeibehörde vor mit der Wirkung, daß dadurch diese Behörde befugt ist, die verurteilte Person bis zu zwei Jahren entweder in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden.“

Es käme also beim Schleichhandel außer der bereits bestehenden Strafe folgender Zusatz als Nebenstrafe in Betracht:

Jeder wegen Schleichhandel Verurteilte ist nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen.

Bei Preistreibererei gemäß der R. O. vom 8. Mai 1918 wäre als weitere Strafbildung etwa auszusprechen:

Erreicht die erkannte Strafe... (eine gewisse Höhe)... oder ist der Verurteilte wegen Preistreibererei oder Schleichhandel bereits vorbestraft, so ist er nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen.

Mit dieser Nebenstrafe hätte die Landespolizeibehörde endlich jene Handhabe, um gegen Schieber und Schleichhändler in einer wirksamen und abschreckenden Weise vorzugehen. Die Behörde könnte dann Arbeiterkompagnien von Schiebern und Schleichhändlern zusammenstellen, um vor diesen schwere Handarbeiten, welche keine berufsmäßige Vorbildung erfordern (Tischgewinn, Bergbauarbeiten gewisser Art, Flugregulierungen und andere schwere Erdbarbeiten) ausführen zu lassen. Eine Entlassung wäre erst in Betracht zu ziehen, wenn der Verurteilte nach Ableistung eines Arbeitsdienstes von gewisser Dauer und bei guter, williger Arbeit den Nachweis erbringt, daß er eine ordentliche Arbeitsstelle im bürgerlichen Leben einnehmen will. Ältere Personen und Frauen wären intern angemessen zu beschäftigen.

Wer jemals mit der Aburteilung von gewohnheitsmäßigen Landstreichern und Arbeitscheuen zu tun gehabt hat, weiß, daß diese Menschen ohne Bedenken jede Freiheitsstrafe annehmen, daß sie aber „die Überweisung an die Landespolizeibehörde“ wie das Feuer fürchten. Gerade hieraus ergibt sich die durchgreifende Wirksamkeit jener Nebenstrafe.

Gegen die an ein feilfrohes Schlemmerdasein gewöhnten Angehörigen der Schieberzunft wäre die Drohung mit schwerem Arbeitsdienst bei Gefangenentrost noch weit wirksamer und abschreckender. Die Geldstrafe ist dagegen bei ihnen ganz wirkungslos; die fast stets kurze Freiheitsstrafe wird zum erheblichen Teil und oft ganz durch eine angurechnende Untersuchungshaft abgehüllet, wobei dem Betroffenen die weitgehenden Vorteile und Erleichterungen eines Untersuchungsgefangenen zugute kommen, so daß er von der Härte einer Strafhaft wenig verspüren muß. Daraus wird die Tatsache erklärlich, daß der Schieber bei der jetzt bestehenden Strafandrohung leichtsin in das Mißlied einer strafgerichtlichen Verfolgung auf sich nimmt. Selbst wenn er sich einmal in den Mäusen des Gesetzes verfangen hat, besteht für ihn die Möglichkeit, ohne allzuschwere Nachteile sich wieder zu befreien und sein gewinnbringendes Handwerk wieder aufzunehmen. Bei Verhängung der „Überweisung an die Landespolizeibehörde“ besteht dagegen die Möglichkeit, den einmal gefaßten Schieber vollkommen aus dem Wirtschaftsleben für lange Zeit auszuschalten und damit das Wirtschaftsleben von einem gefährlichen Mutzigel zu befreien. Es ginge sicher ein tiefes Gefühl innerer Befriedigung durch den anständigen, werktätigen Teil unsers Volkes, wenn wir die erste Arbeitskompagnie bestehend aus Schiebern und Wucherern in unserem Lande zusammenstellen könnten.

Deutsche Nationalversammlung.

Am Donnerstag erhaltete Abg. Petersen (Dem.) den mündlichen Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Unteraussschüsse, den Arbeitsplan usw. Vom Unteraussschuß wird u. a. beantragt, daß sämtliche von dem Unteraussschuß zu vernehmenden Beamten von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit entbunden werden.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Es folgt die Interpellation Arnstadt über gesetzliche Einführung der Zensur für Lichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen.

Abg. Rumm (D. R.): Die Gefahren für unser Volk, die aus der Schuldliteratur und den ungenutzten Lichtspielen drohen, sind so groß, daß unter Hintansetzung aller Parteige- genstände sich eine Partei der anständigen Leute bilden sollte, die dagegen vorgeht, zumal von der Regierung nichts geschieht. Der durchgängige Spielplan der Lichtspieltheater in Berlin und in der Provinz ist Volksverwüstung schlimmster Art. Das beste Mittel dagegen wäre die Konfiszierung. Ich persönlich würde eine Sozialisierung für erwägenswert halten. Wäre das Kino nicht eine Einnahmequelle für die Kommunalsteuer? Spezielle Maßregeln nehmen die Revolution zum Vorwande, um schamlos sich auszutoben.

Minister Dr. Koch: Alle gesunden Kräfte unseres Volkes müssen zusammenstehen, um gegen den Schmutz vorzugehen. Ich lasse eine Novelle ausarbeiten über die Zensur für Kino- theater, die Ihnen bald zugehen wird. Durch die Gesetzgebung werden den Gemeinden Mittel an die Hand gegeben das Kino in der Provinz ist Volksverwüstung schlimmster Art. Das beste Mittel dagegen wäre die Konfiszierung. Ich persönlich würde eine Sozialisierung für erwägenswert halten. Wäre das Kino nicht eine Einnahmequelle für die Kommunalsteuer? Spezielle Maßregeln nehmen die Revolution zum Vorwande, um schamlos sich auszutoben.

Die Besprechung der Interpellation wird verbunden mit der Beratung des Haushalts des Reichsministers des Innern.

Abg. Koch (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Minister Dr. Koch: Ich will mein Amt sachlich und ohne Vor- einnehmungen führen. Die öffentliche Ordnung im Reich muß wieder hergestellt werden. Durch eine Reihe von Ge- setzen müssen die Zustände den jetzigen Anforderungen ange- paßt werden. Auf die Dauer gebort das Volk nur dem Mann, der ihm die Ordnung bringt. Wer ihm die Freiheit bringen will, muß die Ordnung bringen. Unser Volk ist sei- lich noch nicht gesund. Darum soll man ihm noch nicht neue Verfassungskämpfe bringen. Mit dem Reichswehrminister bin ich der Überzeugung, daß es an der Zeit ist, die Überwachung der öffentlichen Ordnung allmählich aus den Händen des Mi- litärs in die der bürgerlichen Polizei überzuführen. Zuerst soll eine Wasserpolizei geschaffen werden, sodann eine Krimi- nalpolizei, der über die Grenzen der Freistaaten hinüberreicht. Die Aufgabe der Demokratie ist es ferner, die Reichseinheit zu fördern. Der Weg zum Einheitsstaat ist frei. Diese Entwick- lung kann ruhig und ohne Verletzung der Rechte der Länder vor sich gehen. Aber das Reich muß verlangen, daß jede wich- tige Frage als Frage des Reichs behandelt wird. Die Aus- führung muß immer bei den Ländern und Kommunen liegen. Unter Berücksichtigung der Rechte der Beamten und unter Einführung ihrer Mitwirkung muß eine Vereinheitlichung der Verhältnisse der Beamten angestrebt werden. Alle Beamten, auch die höheren, müssen auskömmliche Gehälter erhalten. Den kulturellen Aufgaben werden wir unsere besondere Auf- merksamkeit widmen müssen. Auch dem kulturellen Zusam- menhang mit den Auslandsdeutschen. Die Vorarbeiten zur Schulgesetzgebung sind im Gange; für das Frühjahr ist eine große Schulkonferenz in Aussicht genommen. Die Bestimmun- gen der Verfassung bezüglich der Schulfragen werden rick- sichtslos durchgeführt werden. Chauvinismus soll aus den Schulen verbannt sein aber nicht nationalistisches Gefühl. Die Jugendwohlfahrt soll gefördert werden, zumal in den Groß- städten, besonders durch die Fortbildungsschule. Das Kom- munalsteuergesetz ist in Arbeit. Fast ein Drittel der aus- gewählten Beamten aus dem Reichsgebiet. Die Besetzung der Gebiete. Den besetzten Gebieten müssen Lebens- mittel zugeführt werden. Ein Gesetz gegen den Alkoholmiß- brauch wird vorbereitet. Ein Auswanderungsgesetz soll unsere Auswanderer drängen richtig leiten und vor Ausbeutung schüt- zen. Ich gehe an mein Amt ohne übertriebenen Optimismus heran; in diesem Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. Auf Jahre hinaus ist bei uns keine Regierung ohne Arbeiter möglich, aber auch keine Regierung nur aus Ar- beitern. Wir Demokraten wollen versuchen, dem deutschen Volk zu helfen und ich bitte dabei um die Unterstützung des Hauses. Weisfall bei den Mehrheitsparteien.)

Nach weiteren Bemerkungen vertagt das Haus die Weiterbe- ratung auf morgen 1 Uhr. Anzumerken: Anfragen und Reichs- arbeitsministerium. Schluß 6 Uhr.

Politische Neuigkeiten.

Die neue deutsche Note über die Räumung des Baltikums.

* Dem Vertreter des Marschalls Koch ist heute folgende Note übergeben worden:

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die deutsche Regierung zum erstenmal in ihrer Mitteilung vom 18. Juni zur Räumung des Baltikums und Litauens auffor- dern lassen, nachdem sie noch im Mai ausdrücklich verlangten und ungeachtet der Proteste der deutschen Regierung darauf bestanden hatten, daß die deutschen Truppen von dort nicht zurückgezogen werden sollten. Seitdem ist die deutsche Regierung unablässig und ernsthaft bemüht gewesen, die Zurückziehung der Truppen durchzuführen. Sie hat alle ihr zu Gebote stehenden Mittel angewandt, um den Widerstand der Truppen- teile zu brechen, die sich, um das ihnen von der lettischen Re- gierung versprochene Einbürgerungsrecht und die erhoffte An- siedlungsmöglichkeit gebrach haben. Sie hat schließlich den widersprechlichen Truppen den Sold, den Proviant und die sonstigen Zufuhren gesperrt und ihnen sogar die bereits erworbenen Ansprüche auf spätere Versorgung entzogen. Sie hat Maß- regeln getroffen, jedweden Versuch von Munitions- u. Mann- schaftsnachschub unterbunden und hat zu diesem Zwecke den gesamten Personenverkehr nach dem Baltikum gesperrt und die Überwachung aller Grenzstationen durch besondere Beauftragte angeordnet.

Dies alles zeigt, daß die deutsche Regierung keine Veran- lassung gegeben hat, so einschneidende Maßnahmen zu ergrei- fen, wie sie in den Noten der a. und a. Regierungen vorge- sehen sind. Die deutsche Regierung hat auch nicht abgelehnt, den General von der Goltz aus dem Baltikum abzurufen. Sie hat vielmehr lediglich darauf hingewiesen, daß es sich um eine innerdeutsche Angelegenheit handelt. Tatsächlich ist Graf von der Goltz damals abgerufen worden. Erst die bald nach seiner Abreise erfolgte Meuterei der Eisernen Division ver- anlaßte ihn, aus eigenem Entschlusse, nach Mitau zurückzu- kehren. Diese vorübergehende Mißfähr wurde auch nur des- halb gebildet, weil Graf von der Goltz noch am ehesten den unzufriedenen Truppen gegenüber genügend Autorität zu ha- ben schien, um sie zur Befolgung des Abmarschbefehls zu be- stimmen. Ein Teil der Truppen ist denn auch damals seinen Anordnungen gefolgt. Als aber auch sein Einfluß zu versagen begann, ist Graf von der Goltz endgültig abgerufen und nach Berlin befohlen worden.

Zwischen hat General von Eberhard als sein Nachfolger den Befehl übernommen. Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in jenen Gebieten anerkannt, noch mit einer solchen irgend welche Verbindungen. Sie hat den deutschen

Soldaten strengstens verboten, in russische Formationen ein- zutreten, und mit denjenigen, die dieses trotzdem getan haben, jede Verbindung abgebrochen. Es befindet sich bei den russi- schen Kampftruppen im Baltikum kein einziger deutscher Sol- dat, über den die deutsche Regierung noch eine Befehlsgewalt ausüben könnte. An der Offensive des Generals Walooff Bermondts sind keine deutschen Kommando unterstellte Trup- pen beteiligt. Die baltischen Pläne Walooff Bermondts wer- den in keiner Weise gebilligt. Deutschland hat weder gegen das lettische Volk, noch gegen das russische Volk irgendwelche kriegerische Absichten. Die deutsche Regierung nimmt gerne davon Kenntnis, daß die a. und a. Regierungen eine inter- alliierte Kommission nach den baltischen Provinzen entsenden wollen. Sie bittet, diese Kommission sobald als möglich ab- reisen und zur Besprechung mit den hiesigen Stellen einen kurzen Aufenthalt in Berlin nehmen zu lassen. Die Kommissi- on wird sich durch ihr eigenes Urteil überzeugen, daß die ge- gen die deutsche Regierung erhobenen Vorwürfe nicht aufrecht erhalten werden können.

Die Auslaugung Deutschlands.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung teilte Reichsfinanzminister Dr. Maber mit, daß voraussichtlich in der Mitte der nächsten Woche neue Überwachungsausschüsse in Berlin eintreffen würden, für deren Unterbringung vier große Hotels und die Militärakademie in Aussicht genommen wurden. Ingesamt würden schätzungsweise die Kosten der Unterhaltung der gesamten Besatzungsarmee der Alliierten 2½-3 Milliarden Mark betragen. Diese Mitteilung des Reichsfinanzministers rief im Ausschusse allgemeine Entrüstung hervor. Der Minister bemerkte, daß dieses Vorgehen eine behauerliche Auslaugung des deutschen Kapitals darstelle. Der Berichterstatter Abg. Stücken erklärte, die Ansprüche der Entente gingen weit über das Maß der Billigkeit hinaus. Solche Bedingungen müßten den Ruin Deutschlands zur Folge haben. Im Anschlusse wies Abg. Falk (Dem.) auf das anmaßende Verhalten der Soldaten und Offiziere der Alliierten im besetzten Gebiete hin, die für deutsche Re- chung eine ungeheure Verschwendung trieben.

Gegen den Raub der deutschen Kolonien.

* Das südafrikanische Blatt „Dur“ veröffentlicht ein Schreiben des Generals Dewet, in dem dieser leidenschaftlich gegen die Besitzergreifung Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ni- afrikas durch die Union Einspruch erhebt. Dewet verneint die Eroberung dieser beiden deutschen Kolonien und erklärt, solange sie im Besitz des südafrikanischen Volkes seien, würden sie wie eine Feuerbrunst wirken. Der Einfall in die deut- schen Kolonien sei ungerechtfertigt und Dewet fordert, daß sie ihrem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden.

Die Erwerbslosenunterstützung.

* In dem Ergänzungsetat für das Reichsarbeitsministerium werden 400 Millionen Mark an Mitteln für Erwerbslosenfür- sorge gefordert. Das ist aber nur die Hälfte der auf das Reich entfallenden Summe, denn diese beträgt nach dem neuen Etatsvoranschlag 800 Millionen. Zur Erläuterung wird folgendes ausgeführt:

Bisher erforderte die Erwerbslosenfürsorge, die erst mit Be- ginn des Kalenderjahres 1919 = 1920, aus Reichsmi- teln bis Ende Juni 1919 rund 166 Millionen Mark, bis Ende Juni 1919 rund 350 Millionen Mark. Für die Monate Juli bis September 1919 liegen die Abrechnungen noch nicht sämtlich vor. Nach den bisherigen Erfahrungen wird jedoch die Gesamtausgabe bis Ende September 1919 auf rund 450 Millionen steigen. Die Zahl der Erwerbslosen hat in den Wintermonaten von jeher zugenommen. Der Kohlenmangel und die dadurch zu erwartende Arbeitsbeschränkung in den verschiedensten industriellen Betrieben wird die jetzige Zahl er- heblich erhöhen. Bei Minderheit der Kriegsgefangenen ist mit einer weiteren beträchtlichen Steigerung zu rechnen. Man hat daher im Haushaltsplan für das Halbjahr Oktober 1919 bis März 1920 den bisher in dreiviertel Jahren verausgabten Betrag als erforderlich angesehen, zumal aus dieser Summe auch die erst nach dem 1. Oktober 1919 zur Anweisung gelan- genden Abrechnungen der Vormonate zu berücksichtigen sein werden. Die angeforderten Mittel sollen künftig nicht aus- schließlich zu Unterstützungen verwendet werden, sie sollen vielmehr auch dazu dienen, im Wege der sogenannten produ- ktiven Erwerbslosenfürsorge vermehrte Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zu schaffen und damit den Abbau der Er- werbslosenfürsorge zu ermöglichen.

Der Berliner Streik.

Wie der Berliner Magistrat berichtet, ist die Zahl der ar- beitswilligen Bureauhilfskräfte heute erheblich gestiegen. Vor den städtischen Gebäuden sind militärische Wachen aufgestellt, da es gestern zwischen Streikenden und Privatleuten zu ernstlichen Differenzen gekommen ist.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der Gewerk- schaften und der 15er Kommission an die Gezer und Ma- schinisten, der auch an sämtliche Berliner Elektrizitätsarbeiter erlassen wurde, unverzüglich die Arbeit niederzulegen. Nach der „Freiheit“ ist die Ursache für diesen Beschluß 1. die Weigerung der Unternehmer, auf Grund des letzten Ein- gungsvorschlages des Reichsministers zu verhandeln und 2. der Einfluß der Technischen Hochschule in Charlottenburg.

Aus den Kreisen der Metallindustriellen wird mitgeteilt, daß der Streik im ganzen bisher 100 000 Metallarbeiter umfaßt.

Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Eine kleine Minderheit von radikalen Elementen im Moabiter städtischen Elektrizitätswerk hat dem Berliner Magistrat die Forderung gestellt, daß entweder die Stromlieferung für die Straßen- bahnen eingestellt wird, oder sie legen die Arbeit nieder. Der Berliner Magistrat hat sich diesem Terror gefügt. Der Ober- befehlshaber in den Marken, Koste, der davon Kenntnis er- hielt, hat daraufhin verfügt, daß der Betrieb der Straßen- bahnen und des elektrischen Kraftwerkes für alle lebens- wichtigen Betriebe und die Verkehrsmittel aufrechterhalten wird.

Der Vormärts streicht zu der gegenwärtigen Streik- bewegung, es gebe jetzt nicht mehr um die Forderungen der Bureauhilfskräfte und Metallarbeiter, sondern um die Er- höhung der Löhne sämtlicher Arbeiter in Groß-Berlin. In einer Versammlung der Unabhängigen hat Adolf Hoffmann die Streikwaffe als das entscheidende politische Mittel be- zeichnet, trotzdem die Führer des Streiks erklärten, jede Ver- antwortung für dessen Folgen abzulehnen.

Die Lage in der Pfalz und dem Saargebiet.

* Die französische Militärbehörde hat in sämtlichen pfälzi- schen und Saarländern die erhöhte Bereitschaftstellung des französischen Militärs verfügt. Die Soldaten wurden darauf hingewiesen, nur mehr truppenweise und nicht mehr einzeln sich auf der Straße zu zeigen; ebenso den Verkehr mit der

Zivilbevölkerung möglichst zu meiden. Infolge der gespannten Lage in Kaiserlautern hat General Baholle die Freilassung der verhafteten 11 Offiziere der Eisenbahner angeordnet.

Zur jüngsten französischen Mordtat.

* Anlässlich der Ermordung der 17jährigen Katharina Ar- nold aus Frankenthal ließ der Kommandant der Maroffaner- Division, General Daugan, folgende Note in den Frankentha- ler Zeitungen veröffentlichen: „Am Sonntag hat sich in Lud- wigsbafen ein bedauerlicher Vorfall ereignet. Ein Soldat hat in einer Straße Ludwigsbafens mehrere Revolverkugeln auf ein junges deutsches Mädchen abgegeben. Der Komman- dant der maroffanischen Division bedauert diese Tat tief. Der schuldige Soldat, ein Lazarettenträger, und Zivilfranken- träger, die ihn begleiteten, sind verhaftet. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt und streng bestraft werden.“

Die Beerdigung des ermordeten Mädchens gestaltete sich zu einer Trauerfeier für ganz Frankenthal. Die Behörden, Ver- eine und fast sämtliche Arbeiter nahmen daran teil. Ein französischer Soldat legte einen Kranz am Grabe nieder. Die französischen Besatzungsbehörden in Ludwigsbafen ließen durch das Frankenthaler Bezirksamt der Familie ihr tiefstes Beileid aussprechen. Die Frankenthaler Arbeiterschaft feierte gestern nachmittag. Die Läden und Gastwirtschaften waren geschlossen.

Kleine Nachrichten.

* Auflösung des französischen Großen Hauptquartiers. Der „Matin“ erklärt, daß das Große Hauptquartier end- gültig am 26. Oktober aufgelöst wird. Die Rheinarmee wird durch das Kriegsministerium vermarktet werden und mili- tärlich unter Marschall Foch stehen. Die Kriegszone wird nicht mehr bestehen.

* Annahme der Inzeratensteuer. Im Umsatzsteueran- schuß der Nationalversammlung wurde die Inzeratensteuer mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Badische Ueberlicht.

Die Beschaffungszulage im Haushalts- ausschusse des Landtags.

oc. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags wurde über die vom bad. Beamtenbund und den bad. Eisenbahnerorganisationen geforderte Beschaffungszu- lage verhandelt. Ein Vertreter des Zentrums erklärte, der jetzige Ausschuss sei zur Beschlußfassung nicht legitimiert; die Sitzungsperiode des Landtags sei geschlossen und es müsse ein neuer Haushaltsantrag gestellt werden. Im übrigen könne er diese Revolverpolitik der Beamten, und Arbeiter- organisationen nicht mehr mitmachen, denn wir würden da- durch an den Abgrund geführt.

Ein Vertreter der Sozialdemokratie glaubt, daß man sich über die Verfassungsabenden hinwegsetzen könne. Die For- derungen der Beamten seien in einem interfraktionellen Aus- schusse mit Vertretern des Beamtenbundes und der Eisen- bahner besprochen worden; da die Kosten der Lebenshaltung sehr gestiegen seien, sei die Stimmung in den Verbänden erregt.

Hierauf nahm Finanzminister Dr. Birck das Wort zu län- geren Darlegungen über die wir an der Spitze des amtlichen Teils unseres heutigen Blattes berichten.

Ein Vertreter der deutsch-demokratischen Fraktion äußerte sich zu dem bekanntgegebenen Brief der Fraktion und er- klärte, daß die Beratung des interfraktionellen Ausschusses mit den Vertretern des Beamtenbundes und der Eisen- bahner am 7. Oktober eine neue Sachlage geschaffen habe. Die Fraktion habe darüber beraten, aber noch keine end- gültige Stellung genommen. Im Hinblick auf die schlechte allgemeine Finanzlage dürfe nicht auf wenige Wochen hinaus Finanzpolitik getrieben werden. Eine neue Erhöhung der Eisenbahntarife könne nicht vorgenommen werden, weil da- durch das Geschäftsleben zu stark belastet und ein weitere Verteuerung der Lebenshaltung herbeigeführt würde. Durch die Teuerung seien übrigens nicht nur die Beamten und Arbeiter des Staates betroffen, sondern weiteste Volksschichten, die nicht in der Lage seien, die Teuerung abzuwälzen. We- gen des Artikels der „Bad. Landeszeitung“ erklärte der Redner, daß die Fraktion im fernstehe.

Nachdem noch ein sozialdemokratischer Abgeordneter ge- sprochen hatte, beantragte ein Zentrumsabgeordneter Ab- stimmung darüber, ob in eine materielle Behandlung der Frage eingetreten werden soll. Mit 10 gegen 6 Stimmen wurde dies verneint.

Aus dem Verfassungsausschusse des Landtags.

oc. Der Verfassungsausschusse des Landtags befaßte sich in seiner Sitzung vom Donnerstag vormittag mit der Frage, ob der Finanzminister gleichzeitig als Präsident des Landesfinanz- amtes tätig sein könne. Hiergegen waren auf Grund des § 54 der bad. Verfassung Bedenken erhoben worden. Dieser § 54 bestimmt, daß das Amt eines Ministers mit einer anderen festbestimmten Stelle unvereinbar sei. Nach eingehender Aus- sprache wurde im Ausschusse einstimmig nach folgender Richtung erzielt:

Die Verbindung der Aemter eines Finanzministers und eines Präsidenten des Landesfinanzamtes erscheinen für die Dauer einer gewissen Übergangszeit als geboten. Die Bedenken, die im Hinblick auf § 54 der Verfassung bestehen, werden beseitigt, wenn der Minister eine Befolgung aus der Reichskasse nicht erhält. Dadurch, daß etwa die Reichskasse an die Landeskasse für die in Frage stehende Inanspruchnahme eines Landesbe- amten eine Vergütung bezahlte, würde die Stelle als Präsident des Landesfinanzamtes nicht zu einer besetzten werden.

Bezüglich des Siedelungsgesetzes erklärte ein Vertre- ter des Arbeitsministeriums, daß die Regierung die Vorlage zurückziehen beabsichtige, da sie in weitem Umfange dem mittlerweile erlassenen Reichsiedelungsgesetz widerspreche. Es werde in tünlicher Weise eine neue Vorlage eingebracht werden. Ein demokratischer Redner kündigte einen Initiativ- antrag der Fraktion an, in dem Erhebungen darüber verlangt werden, in welchem Umfang siedelungsfähiges Land, insbe- sondere solches im Eigentum des Staates und der Gemeinden, auch Bad in Baden zur Verfügung steht. Auf Grund des Ergebnisses dieser Erhebungen soll die Regierung dem Land- tag Vorschläge unterbreiten über die Verwendung und Besie- delung der verfügbaren siedelungsfähigen Flächen.

Minister Dietrich über die deutsche auswärtige Politik.

BC. Auf Veranlassung des Jungbürgerbundes sprach in Freiburg im Feiertagsmorgen Minister Dietrich über die deutsche

auswärtige Politik. Nach der "Freiburger Zeitung" bemerkte er, daß nichts so sehr den politischen Tiefstand des Volkes zeige, als das fortwährende Herummühen in der Schulfrage. Wir müssen uns auf den Boden der Wirklichkeit stellen, daraus unsere Schlüsse ziehen und sehen, wie wir wieder das fast ganz zusammengebrochene Haus aufbauen können. Ausgehen sei vom Friedensvertrag, der zwei Seiten habe. Zunächst eine englische, Deutschland völlig vom Weltmarkt zu verdrängen und es davon ganz abzusperrten. Darauf zielen die Enteignung unseres Eigentums und unserer Forderungen im Ausland sowie die Bestimmungen über Potente und Urheberrecht, endlich die Wegnahme unserer Flotte und das Recht unserer Feinde auf unsere Flüsse. Auf der anderen Seite wollen die Franzosen möglichst viele Entschädigungen aus uns herausheben und alle ihre Kriegsausgaben auf uns abwälzen. Wir sind kein souveräner Staat mehr, sondern sollen eine Kolonie des Vielverbanbes werden. Auch seien die Bestimmungen des Friedens so, daß sie uns mit unseren Angrenzern in Fehde brächten. Obgleich die Lage trübselig sei, so mühten wir doch mit Vertrauen an die Arbeit des Wiederaufbaues gehen. Nur die Ausfuhr könne uns retten. Das französische Interesse widerspreche dem englischen, denn wenn wir nicht ausführen dürfen, dann können wir auch nicht Entschädigungen an Frankreich bezahlen. Die schlechte Valuta wirke wie ein Schutzoll und eine Exportprämie. Sie schütze uns vor jedem Import, was für Fabrikate günstig, für den Kauf von Lebensmitteln und Rohstoffen aber ungünstig wirke. Günstig für uns sei, daß unsere Angrenzern im Osten und Norden, das uns vor dem Krieg in großer Menge Getreide und Futtermittel geliefert habe, auch eine niedrige Valuta hätte. Auch in Frankreich würde die Valuta immer mehr sinken, da es im Krieg sehr große Schulden an andere Länder gemacht habe. Dem Osten und Frankreich gegenüber mühten wir die Gefühle des Hasses und Barmes, so schwer es uns auch falle, hintanziehen und suchen, mit ihnen in gebrüderliche Handelsbeziehungen zu kommen. Entweder Deutschland und Frankreich gehen wirtschaftlich zusammen, oder sie gehen beide zugrunde. Die mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen schloffen mit der Mahnung, jeder möge mitarbeiten, wieder aufzubauen, mithelfen, daß der jetzt so große Gegensatz zwischen Stadt und Land überbrückt werde und die Regierung in ihrer schweren Arbeit unterstützt.

Die Benzolfrage.

* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Es wird heute viel geklagt über die ungenügende Versorgung der Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft mit Betriebsstoffen und leicht glaubt die Allgemeinheit und bekommen die maßgebenden Stellen für die Verteilung zu hören, wenn nicht so viel Luxusfabriken gemacht würden, dann könnten die notwendigen Mengen Benzol für die oben genannten Verbraucher ausgebracht werden.

Zunächst zu den Luxusfabriken der Personkraftwagen: Für diese ist, wie schon aus früheren Veröffentlichungen ersichtlich, überhaupt kein Betriebsstoff freigegeben worden und wird auch bis heute keiner freigegeben. Besitzer solcher Fahrzeuge können sich also nur auf dem Wege des Schleichhandels wehnen befragen.

Wo kommt nun der Betriebsstoff, der auf diesem Wege erworben wird, her? Große Mengen sind aus den Entente-Ländern an unsere Grenzen gebracht und unter Ausnutzung unserer schlechten Valuta nach Deutschland verschoben worden. Von diesen Stoffen haben sich auch viele Gewerbetreibende versorgt.

Allmählich nun scheinen diese Quellen des Schleichhandels zu versiegen, was sich dadurch bemerkbar macht, daß vielfach neue Anträge einlaufen von Leuten, die bis heute noch keinen Betriebsstoff auf reellem Wege, d. h. mittelst Freigabeantrag, bekommen, ihrem Erwerbsszweig nach aber während der ganzen Zeit solchen gebraucht haben. Weiter ist Tatsache, daß z. B. in Frankreich ebenfalls kein Überschuss an Betriebsstoffen vorhanden ist. Benzol — um welches handelt es sich in der Hauptsache in diesen Fällen — werden also auf dem Wege des Schleichhandels wohl in absehbarer Zeit kaum noch zu erhalten sein.

Nun findet man aber auch Benzol im Schleichhandel und da dürften die Produzenten in Deutschland nicht ganz schuldlos sein. Es soll hier behauptet werden, daß sich die in Frage kommenden Anstalten direkt mit derartigen Geschäften abgeben, aber die Verführung durch die im Schleich-

handel erzielten Preise ist sehr bedauerlich. Es ist eben wie überall eine bedauerliche Erscheinung der heutigen Zeit: Mangel an Sinn für die Allgemeinheit zugunsten der eigenen Taschen, an der schließlich alle Bemühungen, ein gesundes Deutschland auf den Trümmern aufzubauen, scheitern müssen. Unter diesem Mangel haben auch die Verteilungsstellen für die Betriebsstoffe in anderer Hinsicht zu leiden. Vielfach kommen Verbraucher, die hoch und teuer die Dringlichkeit beschwören, schriftliche Bestätigungen beibringen u. a. mehr, um Betriebsstoffe zu erhalten, und am Ende stellt sich heraus, daß nicht nur alles übertrieben, sondern noch zum Teil erfunden ist. Daß unter solchen Verhältnissen die Verteilungsstellen bedingungslos geradeaus gehen müssen, ist ohne weiteres klar. Für die einzelnen Verbrauchergruppen müssen Normen für die Zuteilung festgesetzt werden. Daß darüber manchmal der Gerechte mit dem Ungerechten leiden muß, ist wohl zu verstehen.

Auf weitere Einzelheiten einzugehen, dürfte hier zu weit führen; es soll nur noch auf die Bestrebungen von gewisser Seite, die Zwangsbevirtschaftung von Betriebsstoffen aufzuheben, eingegangen werden. Man muß sich zunächst einmal vorstellen, welche Folgen die Aufhebung der Zwangsbevirtschaftung der Betriebsstoffe haben würden. Sie sind nicht besser gezeitigt worden, als durch die Freigabe des Lebers u. des Obstes. Die erste Folge der Freigabe war, daß sich die Preise um hunderte von Prozenten erhöhten und es den Verbrauchern, besonders denen, die nicht so sehr mit Glücksgütern gesegnet sind, unangenehm wurde, diese Artikel des täglichen Gebrauchs zu beschaffen. Dagegen setzte ein schwungvoller Handel in den Kreisen ein, denen die Allgemeinheit nicht so viel wert ist, als ihr eigener Geldbeutel. Ähnlich wie es mit dem Bedarf von Leber steht, ein Artikel der von jedem benötigt wird, steht es mit Betriebsstoffen für die Gewerbetreibenden und die Landwirtschaft. Wenn heute unter der Zwangsbevirtschaftung der Durchschnittspreis für die Betriebsstoffe 1,20 M. pro Liter ist, so wird er ganz fraglos sich mindestens um das 3- bis 4fache steigern, wenn diese aufgehoben wird.

Nimmt man z. B. an, ein Brennholzjägemaschinenbesitzer — ein Gewerbe, das jetzt gerade bei dem Kohlenmangel für die breite Masse des Volkes von besonderer Bedeutung ist — bekäme im Monat ungefähr 200 bis 300 Liter Betriebsstoffe. Unter den jetzigen Verhältnissen, d. h. unter der Zwangsbevirtschaftung werden dieselben überlassen zu einem Preise von circa 360 M. Man stelle sich vor, der Betriebsstoff koste das 3- bis 4fache, so hat der Mann eine Mehrausgabe von 7 bis 800 M., die er natürlich auf seinen Kundenpreis abwälzen muß, die an sich ungerecht ist und in die Taschen einzelner Spekulanten fließt.

So wie es sich bei dem Brennholzjägemaschinenbesitzer verhält, verhält es sich auch bei der Landwirtschaft. Man darf hier nochmals auf die bereits oben schon erwähnten Besitzer von Luxusautos hinweisen, die wohl heute in Deutschland in der Hauptsache die besten Kunden der Schleichhändler sind. Diese Herrschaften werden natürlich ihren Bedarf an Betriebsstoffen, wenn der freie Handel einsetzt, im höchsten Maße befriedigen können, weil sie eben jeden Preis bezahlen, während ihnen jetzt das Spazierfahren durch Verweigerung der Freigabe wesentlich erschwert wird.

Das Reich hat nunmehr unter Berücksichtigung, daß nach Ratifikation des Friedens die Abgabe von Deutschland erzeugtem Benzol beginnt, zu der wir laut Friedensvertrag verpflichtet sind und die bei weitem den größten Teil der Erzeugung überhaupt ausmacht, der Not gehorchend, mit amerikanischen Konzernern einen Abbruch in Benzol vorgenommen, so daß nach Mitteilung der maßgebenden Stellen eine Besserung in der Betriebsstofflage zu erwarten ist. Unter welchen Opfern das Abkommen getroffen wurde, möge heute noch unerwähnt bleiben. Jedenfalls muß aus den oben angeführten Gründen — und das wird auch von den maßgebenden Instanzen im Reich zugegeben — die Verteilung auf dieses Betriebsstoffes auf dem bisherigen Wege der Zwangsbevirtschaftung erfolgen.

Die Tagung der evang. außerordentlichen Landesynode.

ep. Mit einem Gebet des Herrn Prälaten D. Schmitt-henner wurde die 2. öffentliche Sitzung er-

öffnet. Herr Prälat D. Schmitt-henner berichtete eingehend über den Deutschen Evang. Kirchentag in Dresden. Auf der Tagesordnung stand noch die Beratung eines Antrags des 3. Ausschusses, der eine Kundgebung gegen die gegenwärtige Vermögenspolitik bezweckt. Die Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung wird auf eine spätere Sitzung verschoben. Abg. Gauß-Frozheim (lib.) berichtet darauf über die Vorlage des Oberkirchenrats, die eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Synodalabgeordneten vorschlägt. Der Antrag des Finanzausschusses auf Genehmigung wird einstimmig angenommen. Abg. Keller-Freiburg (pol.) berichtet über die oberkirchenrätliche Vorlage betr. Teuerungszulage für die Geistlichen. Der Aufwand für die Teuerungszulage ist im Laufe der letzten Jahre gemaltig angewachsen, doch ist zwischen ihnen und den Zulagen und Beihilfen an die Staatsbeamten ein großer Zwischenraum, auch wenn die jetzige Vorlage angenommen wird. Die Oberkirchenbehörde hat in ihrer Finanzwirtschaft das Mögliche getan. Für künftige Beihilfen und Zulagen kann sich der Oberkirchenrat im Hinblick auf die jetzt vorhandenen Mittel nicht binden. Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme der oberkirchenrätlichen Vorlage. Der Berichterstatter teilt die einzelnen Sätze mit, die nach der Vorlage mit Wirkung auf den 1. Juli 1919 auszubezahlt werden sollen. Die Finanzkommission wird diesen Gegenstand im Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzfrage nochmals behandeln.

Die nächste Plenarsitzung wurde auf den nächsten Donnerstag, vormittags 9 Uhr, anberaumt. Auf Antrag des Abg. Wirth wird der Verfassungsausschuß um 2 Mitglieder auf 23 vergrößert.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

* Prognose für die Entbedung von Schiebern sollte man den Eisenbahnern zahlen, dann hören die Schieberten bald auf. — So wurde jüngst in einer Eisenbahnerversammlung in Mannheim gesagt.

In Frozheim ist die Milchversorgung durch die Milchamte-rei von täglich 37 000 auf 9000 Liter gesunken.

Aus Ulm wird gemeldet: Zu einer Demonstration, die bis in die Nacht hinein dauerte, kam es kürzlich abends vor dem Marktplatz. Sie richtete sich gegen ein Rindvieh, das für die Gemeinde bestimmt war, anderweitig verkauft zu haben.

Bauern, liefert Nahrungsmittel ab!

* Das Organ des Badischen Bauernbundes schreibt in seiner neuesten Nummer:

„Nebel verpflichtet, und der Ehrentitel „Bauer“ verpflichtet auch. Er verpflichtet zum Abliefern der Lebensmittel, damit es denen nicht am nötigen gebricht, die in Handwerk und Industrie, in Handel und Verkehr, in freien und gelehrten Berufen oder als Beamte des Staats, der Gemeinden und der Körperschaften mit Hand und Hirn und Herz rastlos wirken im großen Betriebe unserer Volkswirtschaft. Jeder an seinem Platz, auf den ihn die Vorziehung gestellt hat, wie den Bauer auf den seinen, und den er ausfüllt nach seinen Fähigkeiten, Kenntnissen und Kräften. Dieses Riesengebiet der Nahrungsmittel geht namentlich in den Städten einem Winter höchster Not und Entbehrung entgegen. Kohlenarten, aber keine Kohlen; Lampen, aber kein Licht; Mangel an Schutzwert und Kleibern; Kinder, die mit feuchten Füßen und durchnäscht heimkommen; abgeschaffte, ausgefrorene Männer; abgehärmte, frierende Mütter; die werden mit zu vielen Tausenden finden, wenn die Winterfalte in den langen, öden Straßen der Städte lagert und durch alle Ritzen und Löcher in Häuten und Stuben bringt. Wenn aber zur Kälte der Hunger kommt, heißt wieder einmal: „Not kennt kein Gebot!“, am allerwenigsten das fünfte, siebte und zehnte. Es mag sich jeder selbst ausmalen, wie dann hergeht. Wahrscheinlich kann es sich aber keiner schämen genug vorstellen. Darum muß jeder Bauer nach besten Kräften dazu beitragen, daß es nicht zu Hunger und zu Hunger-revolten kommt. Es muß also jeder Bauer seiner Ablieferungs-pflicht genügen und wir stellen mit Genugtuung fest, daß landauf, landab sich die Stimmen im bäuerlichen Lager mehren, die Zeugnis ablegen für die Bereitwilligkeit unserer Bauern, den Ehrentitel des Nährstandes erneut zur Geltung und zu Ansehen zu bringen.“

Landestheater.

„Figaros Hochzeit“: ein Fest für den Theatergast, ein Prüfstein für das Opernensemble, eine dankbare Aufgabe für den Dirigenten. Der ganze Mozart lebt darin, mit all der Kamut und Weidmüdigkeit, Lebenswürdigkeit und Wärme seiner unversalben Kunst, in der sich die Reize formaler Schönheit und lebendiger Unmittelbarkeit des Gefühls in so unerreichtem Maße verschmelzen. Herr Cortolezis war der feingewebten Partitur auch bei der geistigen Aufführung ein guter und liebevoller Deuter. Das Orchester spielte mit lustiger Parteilichkeit und von lebendigem Rhythmus befeuert, dynamisch ausdrucksvoll nuancierend. Auch bei der Bühne herrschte ein Geist, von dem wir wünschen, daß er während der ganzen Spielzeit anhalten möge. Das war um so anerkennenswerter, als mehrere unvorhergesehene Besetzungsänderungen eingetreten waren. So gab an Stelle von Fr. Saitz Fr. E. Friede Müller vom Mannheimer Nationaltheater die Partie der Gräfin. Sie hat ein schönes, trefflich durchgeschultes Organ von eigenartig reizvollem Klang, das etwas an jenes unserer früheren Diva Frau Bauer-Rottlar erinnert. Mund und Weich, dabei klar und voll kommt jeder Ton aus ihrer Kehle. Ihr Vortrag war innig und befeuert, das Spiel natürlich und gewandt, bei aller Würde doch nicht ohne jene Annuit, die auch die gereifere Frau noch begehrenswert erscheinen läßt. Für Fr. Friedrich hatte Fr. von Willincowicz die Rolle des Cherubin übernommen. Sie spielte ihn niedlich und anmutig, zumal sie auch die geeignete schlanke Figur für den Ragen mitbringt; immerhin ließen sich in ihrer Darstellung die inabenhaften Züge der Gestalt noch härter herausarbeiten. Stimmlich reicht die Künstlerin, obgleich sie frisch und ansprechend sang, noch nicht an Fr. Friedrich heran. Die übrigen Hauptpartien wiesen die bekannte Besetzung auf. Herr Ed gab den Figaro musikalisch und darstellerisch gleich vorzüglich, Frau von Ernst, deren Stimme im Laufe der Zeit, im Gegensatz zu jener mancher ihrer Kolleginnen vom Koloraturfach, noch an Saitzheit und Klangwärme gewonnen hat, sang und spielte die Susanna mit dem alten Charme, der vor allem auf ihrer Sumor und Gefühlsmüdigkeit so meisterlich verschmelzenden Auffassung der Rolle beruht. Von den übrigen Mitwirkenden verdienen Herr Büttner als Graf, Herr Puffard als Bassilio, Herr Kalbach als Richter und Fräulein Schläger als Barbarena besondere Hervorhebung. Auch die Chöre saßen gut. E. N.

Von neuer deutscher Kunst.

In reichster Dokumentierung breitet das Doppelheft Okt.-November der „Deutschen Kunst und Dekoration“ (herausgegeben von Alexander Koch, Darmstadt) Schätze der alten und neuen Kunst aus; vorzüglich während, aber doch mutig und mit gutem Urteil eintretend für die geschichtlichen neuen Werte. Stichproben aus der Ausstellung der Münchener Neuen Sezession werden vorgeführt mit einem klugen Begleittext des bekannten Kritikers Kurt Pfister. Aber Matthias Grünewald, diesen Größen in der deutschen Malerei, spricht Wilhelm Michel in tief empfundener Weise. 10 herborragende Wiedergaben des „Jenheimer Altars“ meist Kunstschritte, liefern dazu das Anschauungsmaterial. Den vielgenannten Münchener Maler Richard Seewald analysiert Kurt Pfister an Hand zahlreicher Abbildungen. Einen überlegen gesehen und vorzüglich besprechenden Querschnitt durch die Kunst des Expressionismus gibt der junge Darmstädter Schriftsteller Theodor Haubold. Dem Werke des frühverstorbenen Wilhelm Lehm u. f., der führenden Kraft in der neuen Bildhauerkunst, ist eine mit Bildern reich belegte Abhandlung von Karl Schwarz gewidmet. Der ausgezeichnete Frankfurter Kunstschriftsteller W. Müller-Muller bespricht Bernhard Hoetters neueste große Schöpfung, sein Wohnhaus in Worpswede. Eine Fülle von Reiz, Anmut, technischem Können spricht aus den zahlreichen Abbildungen nach Seidenstoffen, Ringen, Colliers, Broschen, Innenräumen, Kaminen, Möbeln, silbernen Dosen und Schalen, gravierten Gläsern, Ständerchen und Buchstützen von Dagobert Reche. Wien, vielleicht der bedeutendsten dekorativen Vergabung, die das neue Wien hervorgebracht hat. Eine neue Vierzimmer-Wohnung von Bruno Paul zeigt und bespricht Max Osborn. Ammutige Papierpuppen von Ema Wirth und entzückende Bucheinbände der Schule Emmy Weisbrod-Wien bringen leichtere Note und schöne das Heft ab. Es ist das Anschauungsmaterial einer reichen, vorzüglich genährten Ausstellung von Malerei, Plastik und Kunstgewerbe, was dieses Heft bietet, eine meisterhafte Leistung, die durch die beigelegten Texte eine wertvolle Erweiterung nach der Seite geistiger Vertiefung erfährt. Verwund und Kenntnisreich wird hier auf Anbahnung eines lebendigen, genußreichen Verhältnisses zu den Form- und Lebenswerten der Kunst hingearbeitet. Darin liegt ein kaum zu überschätzendes Verdienst. Das Oktober- und November-Doppelheft — ein dicker Band — ist in allen Buchhandlungen zu haben. Es enthält 130 Abbildungen und Kunstbelegungen. Einzelpreis 6 M., im Jahresbeitrag vierteljährlich 10 M.

Badische Zeitungsstimmen.

Gegen Bücher und Schiebertum.

„Man muß, so schreibt der Karlsruher „Volksfreund“, dem badischen Ministerium des Innern zugesehen, daß es zielbewußt und energisch sich bemüht, den wucherischen Schleichhandel zu bekämpfen. Weist auch noch viel, sehr viel zu tun, so sehen wir wenigstens den Willen, die wucherische Unterbühnung des öffentlichen Lebens zu bekämpfen, ein Streben, dem wir es zu verdanken haben, daß wir in Baden trotz all der zahlreichen Ausstellungen, die wir haben, geordnetere und ruhigere Verhältnisse haben, als in den meisten anderen deutschen Ländern. Wir registrieren deshalb gerne die Bemühungen der badischen Volksvertretung, durch den vorrückigen Aufzug ermahnen die badische Bevölkerung an ihre Pflicht zu erinnern, wir bezichtigen gerne das zwar noch allzuoft einsetzende Korrupten gegen das Schleichhandelswesen wie im Offenburger Schieberprozess — wir lassen mit Befriedigung von der Beratung des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums mit den Staatsanwälten und den Präsidenten der Landgerichte zwecks entschlossener Anwendung der strafgesetlichen Bestimmungen hinsichtlich des Schleichhandels und des Preiswuchers. Mit nicht minderer Genugtuung verfolgen wir die neuerliche Anweisung des badischen Ministeriums des Innern an die Bezirksämter zum Vorgehen des immer frecher auftretenden Schiebertums, indem durch Veröffentlichung der Lebensmittelscheiber diese Schwarzkörperpflanzen am Volkstörper an den Pranger gestellt werden sollen, wobei gleichzeitig in richtiger Würdigung der Verhältnisse die keinen Kammerer nicht in einen Topf mit den wucherischen Volksausgeiern geworfen werden.“

Ob jedoch all diese Bemühungen viel helfen werden? Wenn sie auch zur Besserung beitragen werden, ganze Hilfe werden sie nicht bringen. Denn wie kaum in einer historischen Parallele feststellt, machte sich in Hungertagen allezeit ein Wucher- und Schiebertum breit, das restlos erst verschwand, als wieder genügend Nahrung für alle da war. Von dieser im Wesen der Dinge liegenden Beschränktheit abgesehen, läßt sich jedoch mehr, viel mehr gegen das Wucher- und Schiebertum tun, als geschieht. Aus dem geplanten „An den Pranger stellen“ machen sich nämlich diese fragwürdigen Existenzen nicht allzuviel. Es handelt sich hier um Leute, die nur durch strafrechtliche Strafen aus ihrem wucherischen Sumpf herauszubringen sind. Hohe Zuchthausstrafen im Bunde mit teilweisen Vermögenskonfiskation.

tionen müssen hier angewendet werden. Mit mäßigen Geldstrafen und kleinen Freiheitsstrafen ist da sehr wenig getan. Nur Vermögensentziehung, bürgerliche Exkommunikation und Zwangsarbeit wirken auf dieses parasitäre Gefindel abschreckend und können gleichzeitig durch die Abschredung jene Elemente wieder in ein bürgerliches Dasein hineinführen, die nur durch ihre Lage und durch verführerischen Geldreiz dem elenden Haderhandwerk verfielen. Denn das deutsche Volk kann nur genesen, wenn es sich — neben der Ausmerzungen hysterischer Kommunistenputze und der Niederhaltung alldeutsch-militaristischer Reaktion — freimacht von der Korruption und der Duchelei, die unser öffentliches Leben vergiften."

Bauer und Arbeiter.

Ein Wort zur Verständigung veröffentlicht der „Freiburger Bot“ in seiner letzten Nummer. Es heißt darin:

„Bauernbündlerische und alldeutsche Agitatoren reifen im Lande umher, um den Bauern aufzuheben gegen die städtische Bevölkerung, insbesondere den gewerblichen und industriellen Arbeiter. Den parteipolitischen Beweggründen dieser Agitation will ich nicht nachgehen; auf seinen Fall hat sie den Zweck, das Volk zu gemeinsamer Aufbaubarbeit zusammenzuführen, sondern es ist allmählich offenkundig, daß die Kreise, die diesem Treiben nachsehen, in feilscher Harmonie mit den Spartakisten die Ordnung, die wir uns nach der Kriegskatastrophe mit Mühe heute geschaffen haben, wieder umzustürzen und den weiteren Aufbau uns möglichst zu erschweren, eifrigst bestrebt sind.“

Eines der Hauptagitationsmittel, mit denen bei diesen Versammlungen gearbeitet wird, ist die acht- oder gar siebenstündige Arbeitszeit der Lohnarbeiter. Ich bin überzeugt, daß die weitest größte Zahl der Bauern, die diese gewissenlosen Hetzreden mitanhören, über die Fabrikarbeit nicht Bescheid wissen. Somit würde ihr Urteil gerechter ausfallen. Eine Abordnung von Landwirten möchte ich einmal hineinführen in die Kohlen- und Erzgruben, möchte ihnen zeigen die Hochöfen, die Eisen- und Walzwerke, Metall- und Glasbläsereien, chemischen Fabriken, wo die Arbeiter tagaus, tagein in dunkler Nacht, in Glühhitze und Hüllenärm, in Wolken von Staub, in einem Qualm von giftigen Dämpfen arbeiten, schwer in ihrer Gesundheit bedrückt. Sehen wir uns weiter um in der Industrie. Der maschinelle Großbetrieb unserer Zeit hat die Arbeit so sehr spezialisiert, daß der Arbeiter nichts anderes mehr ist, als eine Spezialmaschine, die tagaus, tagein, jahrein dieselbe Arbeit verrichtet. Nach einer solchen Gesundheit und Nervenkraft erschöpfenden Tagesarbeit braucht der Arbeiter Stunden, in denen er sich erholen kann im Kreise seiner Familie oder draußen in der Natur. Wie soll er die bekommen, wenn er 10 und 12 Stunden weg vom Hause in der Fabrik arbeitet. Deshalb sein berechtigtes Verlangen nach Kürzung der Arbeitszeit.

Wie verschieden hievon ist die bäuerliche Arbeit. Gewiß ist es noch niemand eingfallen, den Bauern für einen Faulenzer zu erklären. Seine Arbeit ist schwer; voll Anerkennung bilden wir auf ihn, wenn er mit schwerem Pflug das Feld bestellt und in Sonnenglut die Ernte in die Scheuer bringt, arbeitend von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang. Nach solchen 12 bis 14stündigen Tagesarbeiten folgen aber auch längere und längere Zeitperioden, es kommt der lange Winter, in denen eine ununterbrochene Arbeit von 8 Stunden kaum geleistet wird. Die Tätigkeit wechselt, dieser Unterschied würde einem Bauern deutlich werden, wenn er einmal ein Jahr täglich 8 Stunden dreifachen oder täglich 8 Stunden Futter

schneiden müßte. Die Arbeit ist persönlicher und befriedigt deshalb. Endlich arbeitet er auf eigener Scholle; niemand will seine Arbeitskraft ausbeuten, um sich damit zu bereichern. Die Gesundheitsgefahr im engeren Sinn — abgesehen von den mancherlei Unfallgefahren — ist viel geringer, da die Arbeit sich in der Hauptsache draußen in der Natur abspielt. Wir sehen hieraus, daß die seelische und körperliche Abmüdung eine geringere ist, als bei dem Industriearbeiter, mit anderen Worten, eine ununterbrochene achtstündige bäuerliche Arbeit kommt im Verbrauch an Lebenskraft einer achtstündigen industriellen Arbeit nicht gleich. Wenn ich zu wählen hätte zwischen der siebenstündigen Arbeitszeit eines Untertagbergarbeiters und der zwölfstündigen eines Bauern, würde ich ohne Besinnen die letztere ergreifen. Deshalb: was dem einen reißt ist, ist dem anderen billig.

Eine weitere Unwahrheit ist die Behauptung dieser Agitatoren, die achtstündige Arbeitszeit macht Deutschland für die Zukunft nicht mehr konkurrenzfähig mit dem Ausland und setze unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewaltig herab. Zunächst ist festzustellen, daß alle mit uns im Kriege befindlichen Länder die achtstündige Arbeitszeit in demselben Umfange wie wir eingeführt haben. Wer aber die volkswirtschaftlichen Vorgänge bei uns seit dem Jahre 1870 verfolgt, der sieht, daß es uns ohne Verlängerung der Arbeitszeit gelungen ist, sei dieser Zeit unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit um ein Vielfaches zu steigern und damit die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern. Die Kürzung der Arbeitszeit werden wir ausgleichen und überholen mit denselben Mitteln, wie damals, nämlich mit der Hebung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung. Diese erreichen wir durch Erfindung neuer Maschinen, Hebung der Intelligenz und der Hygiene des Arbeiters und anderer. Wohl sehen wir zur Zeit überall geringere Leistungen. Aber sogar nach dem Siegreichen, nur ein Jahr währenden Krieg von 1870 haben wir in den Jahren 1871—1873 dieselben Erscheinungen; Arbeitsunlust und Verkünderung. Wieviel mehr muß dies der Fall sein nach einem fünfjährigen Krieg, wie diesem, der Millionen gemordet, Millionen ihrem Berufe entfremdet und ganze Völker demoralisiert und entwertet hat. Diese Übergangszeit müssen und werden wir überwinden. Sobald jeder mit Ernst und Eifer 8 Stunden täglich seine Pflicht erfüllt, ist Deutschland nicht verloren, sondern zu neuem Aufblühen befähigt.“

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 65 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes vom 16. Oktober 1919 hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung: die Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffend.

oc. Zwangsandweisung der Mieter. Das Badische Arbeitsministerium hatte in einer Eingabe des Reichsarbeitsministers gebeten eine Verordnung zu erlassen, wonach Zwangsandweisungen für Wohnungsinhaber erst dann erfolgen können, wenn den Ausgewiesenen eine neue Wohnung zugewiesen werden konnte. Dieses Ersuchen ist jedoch lt. „Mannh. Volkst.“ vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden.

BC. Zauberschloßheim, 16. Okt. Der ehemalige Jar Ferdinand von Bulgarien, der im Sommer zur Kur in Bad Mergentheim weilte, hat ein Besitztum angekauft und gedenkt in Mergentheim dauernden Aufenthalt zu nehmen.

Lebenszug, 14. Okt. Am Sonntag nachmittag fand im großen Saale des Bahnhofs eine von mehr als 400 Landwirten des Kreises Mannheim besuchte Versammlung zum Abschied des zur Ruhe gesehten Otonomierats Kuhn statt. Nach 40jährigem Dienst, wovon er 20 Jahre als Vorstand der Winterschule und Wanderlehrer in vielfach freundschaftlichen Beziehungen zu allen landwirtschaftlichen Kreisen stand, scheidet er, um seinen Wohnsitz in Heidelberg zu nehmen. Den Scheidenden ehrte für die Regierung Herr Geh. Oberregierungsrat Hartmann, Weinheim, in herzlicher und anerkennender Weise, für den Kreisaußschuß sprach Bürgermeister Dr. Frisch, der die Landwirte auch an ihre Ablieferungspflicht mahnte. Kuhn Hauptwirte bestand neben seiner Tätigkeit als Lehrer in der Gründung von zahlreichen landw. Konsumvereinen, Genossenschaften usw., was Böhmann-Feudenheim rühmend feierte, während die unschätzbaren Vorteile der Winterschule für den Kreis und seine Landwirte Bezirksrat Rippensahn-Mitschewer bezeugte. Über die persönlichen Vorgänge und Charaktereigenschaften Kuhn sprachen in herzlicher Weise Dr. Müller-Boghaufel, und Stadtpfarrer Engelhardt-Heidelberg. Der Scheidende dankte, stigierte seine Lebensarbeit mit wenigen Strichen und warnte die Landwirte vor der materialistischen egoistischen Lebensauffassung und pries die gute alte deutsche idealistische Lebensführung, die für die Landwirte Mehr von den hohen Preisforderungen bedeuten. Seine glänzenden Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die vor Bürgermeister Dr. Frisch vorbereitete und geleitete Feier wurde durch ein ausgelegtes musikalisches Programm des Musikvereins ergänzt, so daß der Gesamteindruck ein nachhaltiger war.

oc. Pforzheim, 17. Okt. Die württembergischen Bahnen stellen bereits am Sonntag, den 19. Okt. zum erstenmal den Sonntagsverkehr ein.

Triberg, 16. Okt. Aus der vor kurzem im Rathausaal abgehaltenen Hauptversammlung des Stillschubs Schwarzwald, der auch der Amtsvorstand, Herr Oberamtmann Wenz, und als Vertreter der Stadt Triberg Herr Bürgermeister de Pellegrini anwohnten, sei folgendes hervorgehoben: Der Vorsitzende, Herr Professor Kappeler in Karlsruhe, erstattete den Jahresbericht, Herr Ott, Karlsruhe, berichtete im Benehmen mit dem Vorsitzenden über die Leipziger Tagung des Deutschen Stickerbundes. Herr Dr. Gruber, Freiburg, gab den Rechenschaftsbericht bekannt und legte den Voranschlag für das kommende Jahr vor. Die einzelnen Ortsgruppen haben für jedes Mitglied an den S. C. S. künftig einen Jahresbeitrag von 2 M. zu bezahlen, wovon der S. C. S. 0,75 M. an den Deutschen Stickerband abzuliefern hat. Die seitherige Zeitschrift „Winter“ wird künftig herausgegeben durch den Verleger. Die Unfallversicherung des Deutschen Stickerbundes besteht weiter. Die Ortsgruppen werden angehalten, Sonderauskünfte einzurichten für Sport und Touristik, Augenpflege, Wissenschaft und Presse. Solche Auskünfte wurden auch für den S. C. S. als Hauptverein gebildet. Im kommenden Winter sollen folgende Wettläufe stattfinden: am 23./24. Januar der Skiwettlauf der vereinigten Ortsgruppen Triberg, Schönach, Schönwald, Furtwangen in Triberg, am 7./8. Februar die Skiwettläufe des S. C. S. auf dem Feldberg, am 14. oder 21. Februar die Meisterschaft des S. C. S. im nördlichen Schwarzwald (Sundsee oder Kusstein). In Vorbereitung zu nehmen ist der Stafettenlauf über 216 Kilometer, Pforzheim-Basel, der im Jahre 1921 vor sich gehen soll.

Gedenket des Volksdank

für unsere zurückkehrenden badischen Kriegsgefangenen!

Badisches Landestheater
Samstag, den 18. Oktober:
Uraufführung
„Die Mondscheindame“
Operette in 3 Akten von Alfred Lorentz.
Anfang 7 Uhr. Mittel-Preise.

Altertümer:
Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233.

Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 13. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.
D.538.2.1. Mannheim.
Frau Katharina Wittaler geb. Schwei, ert in Fuchgönheim, Pro. ehevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Keller hier, klagt gegen ihren Ehemann, Fabrikarbeiter Heinrich Wittaler, zuletzt in Hohenheim, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund des § 1568 B.G.B. auf Scheidung der am 29. Januar 1898 in Fuchgönheim geschlossenen Ehe und ladet ihn zur mündlichen Verhandlung vor die fünfte Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 9. Dezember 1919, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 8. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 11. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.
D.537.2.1. Breiten. Die Engelwirth Gottlob Förstner Ww., Karolina geb. Wittroff in Gochsheim, hat als Nachlasspflegerin des Nachlasses des Engelwirths Gottlob Förstner in Gochsheim das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlassgläubigern beantragt.
Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des Engelwirths Gottlob Förstner in Gochsheim spätestens in dem auf Dienstag, den 23. Dezember 1919, vormittags 1/12 Uhr, vor dem Amtsgericht Breiten anberaumten Aufgebotsstermine bei diesem Gerichte anzumelden.
Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten; urchundliche Beweismittel sind in Urchrift oder in Abschrift beizufügen.
Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden können, unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeits- und Pflichtenrechtern, Vermächtnissen u. Auflagen berücksichtigt zu werden, von dem Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt.
Die Gläubiger aus Pflichtrechtern, Vermächtnissen

und Auflagen sowie die Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftet, werden durch das Aufgebot nicht betroffen.
Breiten, 15. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
D.536. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Heinrich Nagel in Karlsruhe ist nach Abhaltung des Schlusstermins und Vollzug der Schlussverteilung aufgehoben worden.
Karlsruhe, 10. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Ab. Amtsgerichts A. L. U. gebot.
D.535.2.1. Staufen. Josef Eduard Meyer, Kaufmann und Karl Martin Meyer, Freireuemeister, beide in Kappel, haben als Eigenbesitzer des Grundstücks Ldg.-Nr. 2234 Gemarkung Staufen, Gemarkung Steiner, 3 ar 68 qm Weinberg, das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers des genannten Grundstücks, gemäß § 927 B.G.B. beantragt.
Der bisherige Eigentümer des Grundstücks wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem auf Mittwoch, 4. Februar 1920, vormittags 9 Uhr, vor das Ab. Amtsgericht Staufen bestimmte Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung als Eigentümer erfolgen wird.
Staufen, 11. Oktober 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Weinsteuer!

Erläuternde Anweisung für die Weinsteuer
(Amtliches Merkblatt)
Mit vielen Beispielen und vier ausgefüllten Musterbogen zu Weinsteuerbüchern über Flaschen und Faßweine
Preis 50 Pfg. u. Steuerzuschlag

Wein-Steuerbuch
Nach den amtlichen Vorschriften, in einzelnen Bogen. Jeder Bogen: Preis 20 Pfg. und Steuerzuschlag
Zu beziehen durch den
Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei Karlsruhe i. Baden

Bei dem Kreise Waldshut ist die Stelle einer **Kreisfürsorgeschwester** zu besetzen. Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens **15. November 1919** bei uns einzureichen. S.82.2.1. Waldshut, den 15. Oktober 1919.
Kreisaußschuß.
Siebert. Gßh.

Jagd-Verpachtung.
Am Montag, den 27. Oktober d. J., nachmittags 1 Uhr, verpachtet die Gemeinde Gersbach auf dem Rathhause daselbst das Ausüben der Jagd-hiesiger Gemarkung mit einem Flächenmaß von 2265 Gektar auf 9 Jahre, wozu Pachtliebhaber eingeladen werden.
Gersbach, 10. Okt. 1919.
Der Gemeinderat.
Schmidt, Bürgermeister.

Bürgerliche Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.
D.504.2.1. Mannheim. Wagner Josef Gregorinus Ruedert in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Girschler hier, klagt gegen seine Frau Elisabeth geb. Jäger, verwitwete Klingel, in Amerika an unbekanntem Orten, auf Grund des § 1567 Ziffer 2 B.G.B. auf Scheidung der am 20. März

1915 in Mannheim geschlossenen Ehe und ladet sie zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 9. Dezember 1919, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 7. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.
D.503.2.1. Mannheim. Monteur Robert Aime Jenny in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwälte Dres. Gadenburg, Strauch und Bing hier, ladet seine Frau Sofie geb. Fißcher in Wischweiler i. Elz, zur mündlichen Verhandlung des Ehescheidungsrechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 23. Dezember 1919, vorm. 1/10 Uhr, mit der

Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 11. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.
D.537.2.1. Mannheim. Die Frau Jäger in Mannheim, vertreten durch Rechtsanwält Dr. Jordan in Mannheim, klagt gegen den Ingenieur Viktor Krimbach, zuletzt in Sunaweyer, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, aus Verlöbnißbruch mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung einer Entschädigung von 5000 M. und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, 17. Dezemb. 1919, vormittags 10 Uhr, mit der

Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Mannheim, 11. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.
D.537.2.1. Mannheim. Die Frau Jäger in Mannheim, vertreten durch Rechtsanwält Dr. Jordan in Mannheim, klagt gegen den Ingenieur Viktor Krimbach, zuletzt in Sunaweyer, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, aus Verlöbnißbruch mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung einer Entschädigung von 5000 M. und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf Mittwoch, 17. Dezemb. 1919, vormittags 10 Uhr, mit der